

**Stellungnahme der VERBUND AG
zum Entwurf der
Verordnung der Regulierungskommission der E-Control,
mit der die Entgelte für die Systemnutzung bestimmt werden
(Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 – SNE-V 2018)**

Hauptanliegen von VERBUND:

- Grundsätzliche Entlastung der Stromerzeuger von Netzentgelten
- Ablehnung der Anhebung der Arbeitskomponente des NNE für Pumpspeicher, die nicht nur systemschädlich wirkt, sondern auch zu einer nicht nachvollziehbaren tariflichen Ungleichbehandlung von Pumpspeichieranlagen und Anbietern von Regelenergie führt
- Senkung des Entgeltes für gemeinschaftliche Erzeugungsanlagen

Generelle Anmerkungen von VERBUND:

Positiv ist zu sehen, dass der Entwurf zur SNE-V 2018 beim Systemdienstleistungsentgelt eine punktuelle Entlastung der Erzeugung vorsieht. Die anstehende Tarifstrukturreform muss hier weitere Verbesserungen für die österreichischen Kraftwerksbetreiber bringen, einerseits um Chancengleichheit mit ausländischen Erzeugern zu gewährleisten, andererseits, um den Network Guidelines zum Electricity Balancing Genüge zu tun.

Im Bereich der Pumpspeicher aber soll es beim Netznutzungsentgelt zu einer Anhebung der Arbeitskomponente um 170 % (!!!) kommen. Eine solche massive Verschlechterung bedeutet nicht nur eine erhebliche Entwertung der Assets sondern wird sich auch negativ auf den Einsatz dieser Anlagen auswirken. Dadurch negiert man auch die enorme Bedeutung der Pumpspeicher für das österreichische Energiesystem und die Energiewende, insbesondere für die Aufrechterhaltung der Systemstabilität und die Integration der volatilen Erneuerbaren ins Energiesystem. Die Systemdienlichkeit der Pumpspeicher ist evident, einerseits stellen sie eine bedeutende Flexibilitätsoption im Rahmen der Regelenergie dar, andererseits helfen sie Lastdeckungsprobleme, wie im letzten Winter bewiesen, zu lösen und sind auch für Einspeisungen bei Redispatch-Operationen zentral. Das für die systemstützende Einspeisung notwendige Wasser muss irgendwann in den Speicher gepumpt werden, dass dies zu Zeiten geringer Strompreise erfolgt, ist nicht nur im betriebswirtschaftlichen sondern auch im volkswirtschaftlichen Interesse geboten. Wenn man dies konterkariert, wird dies unweigerlich zur Folge haben, dass systemdienliche Maßnahmen teurer werden oder deren Bereitstellung gefährdet ist. Jedenfalls werden die intendierten Mehreinnahmen aus diesem Tarifposten aufgrund reduzierter Einsatzstunden kaum zu realisieren sein.

Dass die Bedeutung von Energie- und insbesondere von Stromspeichern für die Systemicherheit in Zeiten zunehmend volatiler und dezentraler Erzeugung massiv zunimmt, wird zwischenzeitlich von fast allen maßgeblichen Energiewirtschaftlern anerkannt. Daher sollten Einsatz, Ausbau, technische Optimierungen sowie Neuprojekte u.a. durch tarifliche Maßnahmen entsprechend angereizt werden. Die seit 1. Jänner 2009 bestehende Doppelbelastung der Pumpspeicherkraftwerke mit Netzentgelten wirkt hingegen kontraproduktiv und bedarf daher so rasch wie möglich einer grundsätzlichen Reform. Die nun geplante Tarifierhöhung für Pumpspeicher ist definitiv ein Schritt in die falsche Richtung und verschlechtert zudem die Wettbewerbsposition gegenüber den Nachbarländern weiter.

Die kürzlich geschaffene Möglichkeit, PV-Anlagen auf Mehrparteienhäusern zu installieren, sollte nicht durch eine prohibitive Tarifgestaltung konterkariert werden. Ein Pauschalbetrag von 20 Euro pro Zählpunkt - insbesondere bei einer Änderung des Aufteilungsschlüssels - ist zu hoch angesetzt und wird sich hinderlich auf den Roll Out dieser grundsätzlich wünschenswerten Einrichtung auswirken und die angestrebte breite Nutzung konterkarieren.

Im Detail nimmt VERBUND wie folgt Stellung:

Zu § 5 (1) Z 8 Netznutzungsentgelt für Pumpspeicherkraftwerke

Seit 1. Jänner 2009 werden Pumpspeicherkraftwerke nicht nur als Erzeuger, sondern auch als Entnehmer qualifiziert und somit doppelt mit Netzentgelten belastet. Pumpspeicher, auch

Bestandsanlagen, sollten vom entnehmerseitigen Netznutzungsentgelt befreit und eine Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen auf europäischer Ebene angestrebt werden.

Das Netznutzungsentgelt (Arbeitskomponente) soll von derzeit 0,85 €/MWh auf 2,33 €/MWh angehoben werden (analog zur der Anhebung der Arbeitstarife auf der Netzebene 1 - Netzarbeit). Eine derart massive Anhebung des Arbeitsentgelts für Pumpstrom bedeutet nicht nur eine erhebliche Entwertung dieser Assets, sondern wird sich auch negativ auf den Einsatz und den weiteren Ausbau solcher Anlagen auswirken. Eine solche gravierende Verschlechterung wird dezidiert abgelehnt. Infolge des reduzierten Einsatzes wird es wohl auch nicht zu den gewünschten Mehreinnahmen aus diesem Tarifposten kommen.

Die Erhöhung des Arbeitsentgelts für Pumpstrom ist umso unverständlicher, als bei Anbietern von Regelenergie eine solche Anhebung nicht vorgeschlagen wird. Anbieter von (negativer) Regelenergie wurden ursprünglich mit dem Argument an die Tarifregelung für Pumpspeicher angeglichen, dass diese, so wie Pumpspeicher, ebenfalls netz- und systemdienlich tätig wären – warum dies jetzt bei ersteren nicht mehr der Fall sein soll, ist absolut nicht nachvollziehbar! Die außerordentliche systemdienliche Bedeutung der Pumpspeicher ist hinlänglich bewiesen und bekannt, sei es nun im Rahmen der Regelenergie, sei es für das Redispatch, sei es bei Lastdeckungsproblemen, wie letzten Winter. Das dafür notwendige Wasser muss irgendwann auch in den Speicher gepumpt werden, sinnvollerweise in Zeiten niedriger Strompreise! Hier darf es zu keiner unsachlichen Privilegierung einer Seite kommen und der Gleichklang im Bereich des NNE für Anbieter von Regelenergie mit jenem für Pumpspeicher muss nicht nur aus qualitativen Gründen, sondern auch aus Gründen eines Level Playing Fields erhalten bleiben.

Zu § 5 (1) Z 9 Netznutzungsentgelt für Anbieter von Regelenergie

VERBUND begrüßt grundsätzlich das Ansinnen der ECA, den gesonderten Netztarif für Anbieter von negativer Regelenergie auch auf die Netzebene 7 auszuweiten.

Ihre systemstabilisierende Funktion, so wie bei Pumpspeichern, rechtfertigt einen speziellen Tarif. Dieser muss sicherstellen, dass Endverbraucher zu gleichen Bedingungen wie Pumpspeicherkraftwerke Regelenergie anbieten können – dieses Level Playing Field ist für einen fairen Wettbewerb von zentraler Bedeutung.

Nur ein Level Playing Field verbreitert die Palette der Anbieter von Regelenergie, stärkt den Wettbewerb unter den Anbietern, erhöht die Liquidität des Regelenergiemarktes und trägt damit zur Versorgungssicherheit bei. Daher muss der der Sondertarif für Anbieter von Regelenergie in gleicher Höhe auch für Pumpspeicher gelten. Die nun avisierte Entkopplung der beiden Tarife wird von VERBUND strikt abgelehnt.

Zu § 6 Netzverlustentgelt

Die Belastung von Stromerzeugern mit Netzverlustentgelten wirkt sich negativ auf die Investitionsbereitschaft der heimischen Stromerzeuger aus. VERBUND lehnt die Einbeziehung der Erzeugung in diese Tarifkomponente grundsätzlich ab.

Zu § 8 Bestimmung des Systemdienstleistungsentgelts

Die verringerte Belastung durch Systemdienstleistungsentgelte bringt eine faktische Entlastung der Erzeugung, was als ein positives Signal anzuerkennen ist. Diese Entlastung ist der Reduktion der Beschaffungskosten der Sekundärregelung geschuldet und nicht einer grundsätzlichen Reform der Kostenzuordnung. Die geplante Reform der Tarifstruktur muss hier weitere Verbesserungen für die österreichischen Kraftwerksbetreiber bringen, einerseits um Chancengleichheit mit ausländischen Erzeugern zu gewährleisten, andererseits um den Network Guidelines zu Electricity Balancing Genüge zu tun.

Zu § 11 (1) Z5 Entgelt für gemeinschaftliche Erzeugungsanlagen

Die gesetzliche Ermöglichung der Installation von Erzeugungsanlagen auf Mehrparteienhäusern durch eine Änderung im EIWOG wurde von VERBUND begrüßt. Um dieser Möglichkeit auch in der Praxis zur Realisierung zu verhelfen, bedarf es einer tariflichen Gestaltung die potenzielle Vorteile für Nutzer nicht a-priori zunichtemacht. Ein Pauschalbetrag von 20 Euro pro Zählpunkt - insbesondere bei einer Änderung des Aufteilungsschlüssels - ist zu hoch angesetzt und wird sich hinderlich auf den Roll Out dieser grundsätzlich wünschenswerten Einreichung auswirken und die angestrebte breite Nutzung konterkarieren.

Kontakt:

Wien, November 2017

VERBUND AG
Mag. Roland Langthaler
Am Hof 6a, 1010 Wien
Tel: +43 (0)50313-53116
e-mail: roland.langthaler@verbund.com
www.verbund.com